



# Interviews

## **Wie den Windkraftausbau beflügeln?**

**Jasper Barenberg im Gespräch mit Johannes Lackmann,  
WestfalenWind**

**"Informationen am Morgen", 27.10.2022, 8:10 Uhr**

**Jasper Barenberg:** Die nächsten beiden Winter könnten hart werden als Folge von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und seinem Wirtschaftskrieg gegen alle, die Kiew unterstützen. Danach aber soll alles perspektivisch besser werden, mit einem großen Sprung zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien. Auch Windräder und Solarenergie könnten dann so etwas werden wie Abwehrwaffen gegen Putins imperiale Politik und auch ein entscheidender Hebel im Kampf gegen die Klimakrise, so der Plan der Ampel-Regierung.

Windkraft und Sonnenenergie, um beides dreht sich alles im Unternehmen WestfalenWind, das in Paderborn und in der Region darum herum Strom aus eigenen Windparks anbietet, das hilft, neue Wind- und Solarparks zu planen, zu errichten und zu warten. Johannes Lackmann ist einer der Geschäftsführer und jetzt am Telefon. Schönen guten Morgen, Herr Lackmann.

**Johannes Lackmann:** Guten Morgen!

**Barenberg:** Die Koalition will beim Ausbau der Erneuerbaren Tempo machen. Müssen wir uns das so vorstellen: Sie können sich in diesen Zeiten vor Anfragen, vor Aufträgen kaum retten?

**Lackmann:** Wir haben in der Tat sehr viele Anfragen, sowohl im Bereich Windenergie, dass wir dort planen, wie auch im Bereich Fotovoltaik. Aber dass es schneller geht durch die bisherigen gesetzlichen Änderungen, das können wir überhaupt noch nicht feststellen. Allein der Beschluss, eine Vorrangregelung einzuführen, ist bei den örtlichen Behörden und den Trägern öffentlicher Belange überhaupt noch nicht angekommen. Vor Ort funktioniert überhaupt noch nichts schneller.

**Barenberg:** Das heißt, es gab eine ganze Reihe von Gesetzespaketen aus dem Wirtschafts- und Klimaministerium. Insbesondere ist da viel auf den Weg gebracht worden. Aber das ist lange noch nicht bei Ihnen angekommen?

**Lackmann:** Nein, das ist bei den örtlichen Behörden nicht angekommen. Vor Ort ist nichts schneller geworden. Ich sage Ihnen mal ein Beispiel: Als wir die erste große Anlage hier im Raum Paderborn gebaut haben – das war 1996 -, da haben wir den Antrag gestellt, den Bescheid bekommen zwei Monate später und ein halbes Jahr später drehte die Anlage. Heute sind es im Durchschnitt sechs Jahre von der Antragsstellung bis zur Inbetriebnahme, und das ist überhaupt nicht schneller geworden.

Das ist aber genau das, was passieren muss. Wir reden über Streckbetrieb. Da geht es im Emsland um 1,7 Terrawattstunden im Ganzen. Wenn das, was in Deutschland jetzt in Planung ist – das sind etwa 36 Gigawatt -, wenn das nur sechs Tage schneller ans Netz geht, dann ersetzt das den gesamten Streckbetrieb. Das sind die Relationen in Deutschland. Das heißt, mit minimaler Beschleunigung nur könnten wir komplett entsprechend schneller aus der Atomkraft aussteigen, könnten Preise reduzieren, wären schneller im Klimaschutz. Aber das ist wirklich noch nicht angekommen. Der einzelne Mitarbeiter bei der Behörde, der seine Belange prüft, ob das jetzt Denkmalschutz oder TA Lärm ist, oder was auch immer, der hat noch nicht verstanden, um was es hier in Deutschland geht.

**Barenberg:** Nicht verstanden, oder ist noch nicht angewiesen worden? Mit anderen Worten meine Frage, ob das jetzt an der Bundesregierung und den Beschlüssen und den Plänen dort liegt, oder ob das zwingend die zeitliche Verzögerung ist, mit der das alles über die Länder in die Gemeinden und bis zu den Behörden, die für Sie wichtig sind, vor Ort gelangt?

**Lackmann:** Früher war es oft so, dass die Gemeinden, die Windenergie nicht wollten, die Planung verzögert haben, verweigert haben und so weiter. Das ändert sich zurzeit erheblich. Es gibt viele Gemeinden, die sagen, ja, wir brauchen den Strom, kommt bitte, bitte versorgt unsere Betriebe, wir nehmen auch gerne euren Strom. Das ändert sich gerade.

Aber der Genehmigungsprozess ist dadurch nicht schneller geworden, weil, ich glaube, da so eine abstrakte Vorrangregelung bei dem konkreten Mitarbeiter, der Mitarbeiterin nicht verstanden wird. Das heißt, die prüfen immer noch die gleichen Belange. Da wird dann zum Beispiel geprüft, ob es Sichtbeziehungen gibt zwischen irgendwelchen Kirchtürmen oder historischen Bauten zu Windenergie. Natürlich kann man Windenergie sehen. Das ist völliger Unsinn, das etwa zu prüfen und dazu Gutachten zu machen. Das ist völlig klar, dass man Windenergie sehen kann, aber genauso wird immer noch gearbeitet.

Oder, wenn gesagt wird, in dem und dem Gebiet, wo ihr jetzt plant, da müsst ihr erst mal eine komplette archäologische Untersuchung machen, ob da nicht irgendwelche historischen Funde sind. Was hat das mit der Windenergie zu tun? Da herrscht immer noch völlige Willkür und ich kann nicht erkennen, dass das irgendwie schneller geworden ist.

Wenn wir das ändern wollen, dann müssen wir bestimmte Prüfungen wie zum Beispiel Denkmalschutz komplett ad acta legen. Wir müssen wirklich die einzelnen Behörden anweisen, schneller zu arbeiten. Sie müssen Haftung dafür übernehmen, wenn sie Genehmigungen verzögern. Wir brauchen so etwas wie eine Genehmigungsfiktion. Das heißt, wenn bestimmte Entscheidungen nicht getroffen werden, dann gelten sie als getroffen. Solche Instrumente gibt es auch schon im Baurecht an anderer Stelle. Wenn das nicht passiert, werden wir nicht schneller und verfehlen absolut die Klimaziele.

**Barenberg:** Wenn wir auf vergleichbare Beispiele schauen, dann kann man etwa bei den geplanten Flüssiggas-Terminals sehen, wie schnell es im Zweifel gehen kann. Haben Sie den Eindruck, dass der politische Wille besteht, das auch so hinzukriegen wie etwa für diese LNG-Terminals?

**Lackmann:** Ich denke schon, dass die Ampel-Regierung den Willen hat, die Energiewende zu beschleunigen. Aber wie gesagt, Zielbeschlüsse alleine reichen nicht. Das muss runterdekliniert werden bis auf jede lokale Entscheidungsebene, dass es dort schneller geht. Anders wird es nicht gehen. Es müssen auch diejenigen in Haftung genommen werden, die das nicht so machen, weil wenn eine Behörde heute langsam ist, dann können Sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen oder sonst was und klagen und die Klagen dauern jahrelang, und das wissen die ja auch. Damit kommt man nicht weiter.

**Barenberg:** Da müssen noch viele Weichen gestellt werden, ist Ihr Eindruck. – Wie steht es damit, wenn die Voraussetzungen alle erfüllt wären? Könnten Sie das so schnell wie Sie wollen und wie die Anfragen da sind umsetzen? Wir reden ja in diesen Zeiten auch über Fachkräftemangel, wir reden über Materialschwierigkeiten, über Kostensteigerungen. Das betrifft doch sicherlich auch Ihr Gewerbe?

**Lackmann:** Ja! Da ist es allerdings unterschiedlich zwischen Windenergie und Fotovoltaik. Fotovoltaik zu installieren, das ist Handwerk. Da braucht man sehr viele Menschen für relativ wenig zu installierende Leistung. Da

müssen wir inzwischen auf Bauteams aus Moldawien zurückgreifen und so weiter. Da gibt es erheblichen Mangel.

Bei der Windenergie ist das an der Stelle etwas weniger dramatisch. Da kann man mit relativ kleinen Teams ziemlich schnell etwas aufbauen. Da hätten wir weniger Probleme. Dass dort der Materialmangel die Bautätigkeit ausgrenzt, das sehen wir eigentlich nicht. Wir könnten dort wirklich sehr viel schneller sein.

**Barenberg:** Wenn Sie alles zusammennehmen, dann ist ein ungeheures Tempo im Grunde genommen nötig, wenn die Regierung ihre Pläne umsetzen will. Ich habe mir gemerkt, fünfmal so viele Windkraftanlagen müssten gebaut werden wie bisher. Was halten Sie von diesem Ziel, wenn Sie über all die Schwierigkeiten reden, über die wir jetzt geredet haben?

**Lackmann:** Technisch ist das Ziel machbar. Es gibt auch genügend Planungsbüros. Es gibt eigentlich bei den Akteuren, die die Energiewende umsetzen wollen, genügend Kapazität, das zu tun. Aber wir müssten die Bürokratie zurückdrängen auf das Maß, was wir vor 20 Jahren hatten. Das ist ja noch nicht ewig her und auch damals hatten wir ein geordnetes Verfahren. Aber was in der Zwischenzeit dazugekommen ist, das ist so viel geworden und es ist so komplex geworden. Für ein großes Windprojekt müssen wir hunderte von Aktenordnern vorbereiten für alle Träger öffentlicher Belange. Wir bringen die mit einem Klein-LKW zur Genehmigungsbehörde, diese Aktenordner. Man kann es sich nicht

vorstellen, wie komplex das geworden ist, und das müssen wir zurückdrängen. Sonst kommen wir nicht durch!

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*